

# Rund um den Schwammerl-turm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben  
Nr. 3, März 2025

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede  
Postabgabestelle in  
Leoben und  
Niklasdorf



## Helfen statt abkassieren!

Am 23. März wird der Gemeinderat neu gewählt. Werner Murgg führt die Liste Werner Murgg – KPÖ an. Er gehört seit 1995 dem Gemeinderat und seit 2005 der Leobener Stadtregierung an. Die Zeitung „Rund um den Schwammerlturm“ hat ihn zur politischen Arbeit der KPÖ und zu seinen Forderungen einige Fragen gestellt.

**„Rund um den Schwammerlturm“:** Du bist jetzt seit 30 Jahren Mitglied im Gemeinderat. Woher nimmst Du den Antrieb, neuerlich zu kandidieren?

**Werner Murgg:** „Ich habe fast 20 Jahre dem Landtag angehört. Vergleicht man Landtag und Gemeinderat, ist der Gemeinderat das Gremium, wo man Kontakt zu seinen Wählerinnen und Wählern hat, da kann man sich für die Menschen unmittelbar einsetzen. Erreicht man da und dort etwas, gibt mir das Kraft.“

**RuS:** Kannst Du da einige Beispiele geben?

**W.M.:** „Beispielsweise die Mieterberatung. Ohne falschen Stolz kann ich sagen, da haben wir über all die Jahre hunderten Mieterinnen und Mietern zu ihrem Recht verholfen. Gerade führen wir einen Prozeß, bei dem es darum geht, daß der neue Eigentümer der STIWOG-Häuser immer noch keine Abrechnung für 2023 gelegt hat, die Vorschreibungen somit nicht nachvollzogen werden können. Bei der Schlichtungsstelle haben wir Recht bekommen; jetzt ist die Sa-

che beim Bezirksgericht, weil die Verwaltung immer noch nicht reagiert.

Viele Menschen können sich schwer vorstellen, wie es einem geht, wenn man plötzlich finanziell nicht mehr weiß, wie es weitergeht. Ich erlebe solche Schicksale immer wieder. Hier helfen zu können, gibt mir Kraft.“

**RuS:** Mit welchen politischen Forderungen geht die KPÖ in den Wahlkampf?

**W.M.:** „Wir brauchen das Rad nicht neu erfinden. Wir haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Forderungen im Gemeinderat erhoben. Hier knüpfen wir an.

Fortsetzung umseitig



**KPÖ**

**Leoben  
braucht IHN!**

**Dr. Werner Murgg** 

Fortsetzung von Seite 1

*Ich nenne die viel zu hohen Fernwärmepreise. Hier ist von einer Verbilligung nach wie vor nichts zu sehen. Die Bürgermeisterpartei stellt sich taub. Im Gegenteil: Schon jetzt werden die Weichen gestellt, daß auch nach 2027, wenn die voestalpine den neuen Stahlofen in Betrieb nimmt, die teuren Lieferverträge weiter gehen. Ein anderes Thema sind die Gemeindewohnungen."*

**RuS:** Du sagst man sollte das Geld in deren Sanierung stecken statt die knappen werdenden Mittel für Prestigeprojekte auszugeben. Was meinst Du konkret?

**W.M.:** „Wir haben ca. 350 leerstehende Gemeindewohnungen. Diese können nicht vergeben werden, weil sie zuerst saniert bzw. auf einen besseren Standard gebracht werden müssen. Die dafür vorgesehenen Mittel wurden um fünf Millionen Euro gekürzt. Gleichzeitig gibt man für die Behübschung des Hauptplatzes zwei bis drei Millionen aus. Das halte ich für fahrlässig. Eine einfache Rechnung: Je nicht vermieteter Wohnung entgehen uns Mieteinnahmen von rund 250 Euro. Das macht bei 350 nicht vermieteten Wohnungen im Jahr über eine Million Euro, die im Haushalt fehlen. Eine falsche Prioritätensetzung?"

**RuS.:** Du trittst auch vehement gegen den Steinbruch in Leitendorf auf. Da gibt es geteilte Meinungen.

**W.M.:** „Da muß man ein wenig ausholen. Das Argument, der Steinbruch war immer schon da, während viele Häuser in Leitendorf erst später gebaut wurden, stimmt so nicht. Immerhin war der Steinbruch praktisch über zehn Jahre stillgelegt und man ist davon ausgegangen, daß er nicht

*wieder in dieser Qualität in Betrieb geht. Unter diesen Voraussetzungen wurde gebaut. Mir geht es darum, die Gemeindeverantwortlichen zu überzeugen, nach Alternativen zu suchen. Eine Bürgerinitiative hat entdeckt, daß möglicherweise Bescheide für den Betrieb nicht vollständig vorliegen. Hier wird anzusetzen sein. Ich erwarte mir dabei eine Unterstützung seitens der Gemeinde. Im 21. Jahrhundert hat ein Steinbruch im Siedlungsgebiet jedenfalls nichts mehr verloren!"*

**RuS.:** Was bedeuten eigentlich die Abstimmungen im Gemeinderat für das Leben der Leobenerinnen und Leobener?

**W.M.:** „Sehr viel! Denken wir an die Müll-, Wasser- oder Kanalgebühren. Die werden im Gemeinderat beschlossen. Dort wurde vor einiger Zeit gegen unsere Stimmen eine automatische jährliche Gebührenerhöhung beschlossen. Seither steigen diese Gebühren jedes Jahr in Höhe der Inflation. Das muß wieder rückgängig gemacht werden. Oder die Mieten der Gemeindewohnungen. Auch diese werden im Gemeinderat festgelegt. Alles Dinge, die das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger nachhaltig beeinflussen."

**RuS:** Was erwartest Du Dir von der Wahl?

**W.M.:** „2020 hat die KPÖ ein schönes Ergebnis erzielt und fünf Mandate gewonnen. Wir haben einen Sitz in der Stadtregierung. Diesen abzusichern, ist das erste Ziel. Eines kann ich guten Gewissens behaupten: Dem Motto „Helfen statt abkassieren“ bin ich all die Jahre treu geblieben. Auf uns kann man sich jedenfalls verlassen!"

**Aus dem Leobener Stadtrat –  
Sitzung Februar 2025**

## Bergmannsbrunnen und Pestsäule werden saniert

*Einstimmig hat der Stadtrat 91.000 Euro für die dringende Sanierung der Pestsäule und des Bergmannbrunnens am Hauptplatz frei gegeben. Auch der Aufzug bei der Unterführung Zeltenschlagstraße/Vordernberger Straße wird auf der Stadtseite erneuert. Das kostet knapp 3.600 Euro.*

In Lerchenfeld, in den Zeilen A, B, C und F, werden Fernwärmeanschlüsse errichtet. Für diese Arbeiten wurden 236.000 Euro bewilligt. Auch das Tanzcafé für Junggebliebene wird es 2025 wieder geben. Die Veranstaltung findet im Gösser Bräu statt. Der erste Termin ist der 28. März 2025. 7.500 Euro werden dafür veranschlagt. Weitere Termine gibt es im April, Mai, September, Oktober und November.

Die Ferienbetreuung für schulpflichtige Kinder findet wieder statt. Die Elternbeiträge bleiben gleich; 60 Euro halbtags und 90 Euro ganztags, jeweils pro Woche.

Für Familien mit kleineren Einkommen gibt es eine Sozialstaffel. 24.000 Euro der Kosten übernimmt die Stadtgemeinde. Diese Beschlüsse wurden einstimmig von SPÖ, ÖVP und KPÖ gefaßt.

Gegen neuerliche Ausgaben für die Umgestaltung des Hauptplatzes stimmte die KPÖ. KPÖ-Stadtrat Werner Murgg: „Über 300 Gemeindewohnungen stehen leer, weil sie angeblich aus finanziellen Gründen nicht saniert werden können. Der Gemeinde entgeht dadurch viel Geld. Bei der Behübschung des Hauptplatzes sind offenbar alle finanziellen Bedenken vergessen.“

### Was uns ein- und auffällt...

...daß sich „Volksbürgermeister“ Kurt Wallner bei der kommenden Leobener Gemeinderatswahl von einem **breiten Personenkomitee** unterstützen läßt, wobei viele der auf der Liste aufscheinenden Persönlichkeiten allerdings gar keine Leobener sind.

...daß, sollte Neos-Chefin Beate Meisl-Reisinger tatsächlich neue Außenministerin werden, es um den Fortbestand der **österreichischen Neutralität** schlecht bestellt ist. Zählt Meisl-

Reisinger doch zu den reaktionärsten NATO-Einpeitschern unseres Landes.

...daß die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos bereits ein erstes Opfer entdeckt hat. Den Pensionistinnen und Pensionisten wird der **Krankenversicherungsbeitrag erhöht**, was zu einer nicht unerheblichen Kürzung der Pensionen führen wird, während die milliardenschweren Stiftungen offenbar weiterhin ungeschoren davonkommen sollen.

**Aus** dem Landtag Steiermark – Sitzung Februar 2025

# Unzumutbar lange Wartezeiten für Operationen und Untersuchungen

*Die Patienten- und Pflegeombudsschaft (PPO) übt scharfe Kritik an den unzumutbar langen Wartezeiten für Operationen und Untersuchungen in der Steiermark. Ein wesentlicher Grund für diese untragbare Situation ist der fehlende verbindliche Personalschlüssel im Gesundheitswesen. Die PPO fordert daher ein verbindliches Planungsinstrument für die Personalbesetzung.*

Auch die Ausbildungsplätze für Pflegekräfte und Ärzte müssen endlich aufgestockt werden. Die KPÖ nutzte die Vorlage des Berichtes, um im Landtag Maßnahmen zur Behebung dieser untragbaren Situation zu fordern.

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Wir brauchen dringend mehr Studienplätze für Medizinerinnen und Mediziner und mehr Ausbildungsplätze für Pflegekräfte.“

*Es kann nicht sein, daß Operationssäle und hochmoderne, teure medizinische Geräte ungenutzt bleiben, weil das Personal fehlt.“*

Auch die mangelnde Transparenz bei den OP-Wartezeiten wird von der PPO kritisiert. Ein Antrag der KPÖ, die Studien- und Ausbildungsplätze für Pflegeberufe deutlich zu erhöhen bzw. sich dafür einzusetzen, die Medizin-Studienplätze zu verdoppeln, wurde von

ÖVP und FPÖ abgelehnt. Auch die Forderung die veröffentlichten OP-Wartezeiten zumindest monatlich zu aktualisieren, lehnten die Landesregierungsparteien ÖVP und FPÖ ab.

## Steirische Gemeinden in prekärer Lage

Schulen, Kindergärten und -krippen, Straßen, Wasserversorgung und Soziales – wenn es keine finanzielle Besserstellung gibt, werden viele Gemeinden bald nicht mehr in der Lage sein, diese wichtigen Aufgaben zu übernehmen. SPÖ und KPÖ fordern ein Aus für die Landesumlage. Das würde die steirischen Gemeinden um

zumindest 131 Millionen Euro entlasten.

Alexander Melinz (KPÖ): „Die Landesregierung muß den Gemeinden unter die Arme greifen. Schade, daß die SPÖ diese Forderung erst jetzt aufgreift, wo sie nicht mehr in der Landesregierung sitzt. Die FPÖ hat dafür vergessen, daß sie bis zur Landtagswahl noch für die Abschaffung der Landesumlage war.“

## FPÖ und ÖVP lehnten die Anträge ab.

Die Grünen forderten eine Erhöhung der Grundsteuer zugunsten der Gemeinden. Das würde die Mieten verteuern, da die Grundsteuer ein Teil der Betriebskosten ist.

# Gedenken an Koloman Wallisch

Vor 91 Jahren wurde der sozialdemokratische Arbeiterfunktionär Koloman Wallisch nach einem Scheinprozeß in Leoben hingerichtet. Vorausgegangen waren die Ereignisse des Februar 1934, wo Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das Bundesheer auf Arbeitersiedlungen schießen ließ. Aus Verzweiflung über die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die

Dollfuß-Regierung hatte der Republikanische Schutzbund zu den Waffen gegriffen.

Die dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer zitierte in ihrer Eröffnungsrede das Kreisky-Wort, wonach es bei den Februarereignissen 1934 keine geteilte Schuld gäbe. Die Verantwortung sei allein bei der austrofaschistischen Regierung zu suchen. Die Festrede hielt der Leobener Kulturstadtrat Johannes Gsaxner: „Es

war moralisch und politisch geboten, sich gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu erheben“, resümierte Gsaxner die damaligen Ereignisse.

Umrahmt wurde die Feierstunde vom Bläserensemble der Bergkapelle Leoben-Seegraben und dem Werkchor Donawitz.



Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842/22670, Fax 03842/27417. Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

# Aus der Mitte des Leoben

## Kandidatinnen und Kandidaten der Liste We

**Dr. Werner Murgg, Stadtrat**

„Die Gemeinde hat dafür zu sorgen, daß sich alle Leobenerinnen und Leobener das Heizen leisten können und die Heizkosten nicht durch die Decke gehen. Runter mit den Preisen für Fernwärme und Gas!“



**Sandra Egger, Technische Angestellte**

„Alle Eltern müssen sich eine Kinderkrippenplatz leisten können. Deswegen haben wir ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell durchgesetzt.“



**Mario Salchenegger, Technischer Zeichner**

„Wir setzen uns im Gemeinderat dafür ein, daß die städtischen Gebühren und Tarife nicht in den Himmel wachsen. Unsere Forderung: Weg mit der automatischen jährlichen Gebührenerhöhung.“



**Hasija Hafic, Gärtnerin**

„Auch in Leoben gibt es viele Ungerechtigkeiten. Dagegen möchte ich auftreten.“

**Mag. Jakob Matscheko, Angestellter**

„Wir pulvern Millionen für eine Behübschung des Hauptplatzes hinaus, während für die dringende Sanierung unserer Gemeindeformen das Geld fehlt. Das ist fahrlässig!“



**Christine Kocher, Sekretärin**

„Für soziale Leistungen fehlt oft das Geld. So hat die Bürgermeisterpartei Nein zu unserem Vorschlag einer Mietpreisbremse gesagt. Während Tarife und Gebühren jährlich steigen, bleiben soziale Leistungen jahrelang eingefroren.“



**Lothar Knaak, Maschinenbauer**

„Die geplagten Anrainerinnen und Anrainer haben ein Recht von extremer Lärm- und Staubbelastung befreit zu werden. Wir sagen: Im 21. Jahrhundert hat ein Steinbruch mitten im Siedlungsgebiet nichts mehr verloren.“



**DI Dr. Christine Wenzl, Metallurgin**

„Die KPÖ ist unermüdlich im Gemeinderat aktiv und setzt sich unbequem aber konstruktiv für ein lebenswertes und leistbares Le(o)ben ein.“

ns

# Werner Murgg – KPÖ für die Gemeinderatswahl

**Andreas Bubnik,  
Chemielaborant**

„Als Betriebsrat kenne ich die Sorgen der Arbeiter und Angestellten. Gerade in Zeiten wo in der Arbeitswelt der Druck zunimmt, braucht es eine starke Stimme für deren berechnigte Anliegen.“

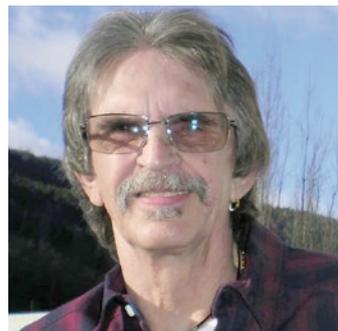


**Ismail Koc,  
Lackierer**

„Auf die KPÖ kann ich mich als Arbeiter verlassen. Deshalb kandidiere ich für die Liste Werner Murgg – KPÖ.“

**Elfriede Egger,  
Pensionistin**

„Seit Jahrzehnten engagiere ich mich bei Kinderland. Ich weiß, daß Kinder aus weniger begüterten Familien unserer besonderen Fürsorge bedürfen.“



**Franz Ehgartner,  
Pensionist**

„Als Pensionistenvertreter kenne ich die Nöte und Sorgen gerade von Pensionistinnen und Pensionisten mit kleinen Pensionen.“

... und weitere engagierte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ-Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.  
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

GUTSCHEIN

## JOSEF WILHELMER

FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

# 2 halbe Grillhendl + 2 Salate

statt € ~~24,-~~ nur € 16,90

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben  
LCS Eingang Busbahnhof, neben Buchberger  
Langfelderstraße 3, 8793 Trofaiach  
gültig bis 31. März 2025

# Für ein leistbares Leoben, für Gerechtigkeit!

## Gegen laufende Mieterhöhungen bei unseren Gemeindewohnungen

Jahrzehntlang hatte folgender Satz Gültigkeit: Die Gemeinde bietet mit ihren Wohnungen billigen Wohnraum, der dazu beiträgt, dämpfend auf das Mietniveau in unserer Stadt zu wirken. Dieser Satz gilt leider schon lange nicht mehr. Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und Reiter wurden die Mieten neu sanierter Wohnungen um bis zu 25 Prozent erhöht. Gleichzeitig wurden die Kauttionen deutlich angehoben. Anträge der KPÖ, angesichts der exorbitanten Teuerung die Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten auszusetzen, lehnten SPÖ, ÖVP und Reiter ab.



## Gemeindewohnungen sanieren statt Prestigeprojekte finanzieren

Rund 350 Gemeindewohnungen stehen leer, weil sie nicht vermietet werden können. Sie müssen zuerst saniert bzw. auf einen besseren Ausstattungsstand gebracht werden. Die dafür notwendigen Mittel wurden um Millionen gekürzt. Gleichzeitig werden in Zeiten knapper Kassen Prestigeprojekte durchgezogen. Die Behübschung des Hauptplatzes kostet zwei bis drei Millionen Euro. Einen Antrag der KPÖ, das Budget für die dringende Sanierung der Gemeindewohnungen aufzustocken, lehnten SPÖ und ÖVP ab.

## Grüne Zonen zurücknehmen

Die Grünen Zonen in unserer Stadt entwickeln sich immer mehr zu einer reinen Abzocke. Die lenkenden Effekte sind kaum spürbar. Gähnende Leere auf vielen Plätzen, dafür viel zu teure Monats- und Jahreskarten. Anträge der KPÖ, die Grüne Zone beispielsweise in der Mallinger-Siedlung aufzulassen, wurden von der Bürgermeisterpartei bis jetzt ignoriert.



## Kinderkrippen: Sozialstafel durchgesetzt

Für viele Familien waren die Gebühren für die Kinderkrippen viel zu teuer, da im Unterschied zu den Kindergärten kein sozial gestaffeltes Gebührenmodell existierte. Nun gibt es auch für die Krippen ein derartiges Modell. Das konnte die KPÖ durchsetzen.



## Verbesserungen beim Heizkostenzuschuß:

Immer mehr Menschen fielen um den Heizkostenzuschuß um, da die Einkommensgrenzen lange nicht mehr angehoben wurden. Auf Antrag der KPÖ wurden sie nun angepasst, wodurch wieder mehr Leobenerinnen und Leobener diesen Zuschuß bekommen können.

## Kein Steinbruch im Siedlungsgebiet

Ein Steinbruch hat im 21. Jahrhundert in einem Siedlungsgebiet nichts mehr verloren. Die KPÖ setzt sich auch im Gemeinderat für die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer ein und fordert vom Bürgermeister mehr Engagement in dieser Sache.



Die KPÖ steht konsequent an der Seite von berechtigten Bürgeranliegen. Egal ob beim Steinbruch in Donawitz oder bei der von der SPÖ geschlossenen Volksschule in Göss.

## Fernwärme und Gas müssen billiger werden

Die Heizkosten werden für immer mehr Leobenerinnen und Leobener zum finanziellen Problem. Exorbitante Nachzahlungen und deutlich erhöhte monatliche Vorschreibungen lassen Haushalte verzweifeln. Die KPÖ fordert Verhandlungen zwischen den Stadtwerken und der voestalpine, um die Preise nachhaltig zu senken. Ein dahingehender Antrag der KPÖ fand keine Mehrheit. SPÖ und ÖVP waren dagegen. Auch die Forderung nach einem Energiepreisgipfel lehnten SPÖ, ÖVP und Reiter ab.



## Immobilienhaien auf die Finger klopfen

In letzter Zeit wechselten in Leoben ganze Wohnsiedlungen den Eigentümer. Leidtragende sind die Mieterinnen und Mieter. Neue, schlechtere Mietverträge wurden ihnen untergejubelt, vielfach gibt es seit Jahren keine Betriebskostenabrechnungen und die Hausverwaltungen kümmern sich

nicht um die Mietobjekte. Die KPÖ unterstützt die betroffenen Mieter in Rechtsfragen und hat bereits Gerichtsprozesse gegen diese Praktiken angestrengt.

# Viel beim Fenster hinausgeschmissen

## 300.000 Euro für Städtetag

2026 soll der österreichische Städtetag, ein Treffen von Bürgermeister\*innen aus ganz Österreich, in Leoben stattfinden. Das wird mindestens 300.000 Euro kosten. In Zeiten, wo für dringende notwendige Dinge oft das Geld fehlt, eine mehr als unnötige Ausgabe. Dazu hat die KPÖ im Gemeinderat Nein gesagt.

## 169.000 Euro für Klimaneutralitätsfahrplan

Während die EU bis 2050 und Deutschland bis 2045 klimaneutral werden wollen, setzt sich Leoben mit 2040 dasselbe utopische Ziel wie die ehemalige grüne Umweltministerin Gewessler für ganz Österreich. Für diesen „Fahrplan“ 169.000 Euro auszugeben, während das Sanierungsprogramm für die Gemeindewohnungen hinuntergefahren wird, grenzt an Fahrlässigkeit.

## 55.100 Sondersubventionen an den DSV

Der DSV bekommt seit Jahr und Tag jährlich 120.000 Euro von der Gemeinde für die Erhaltung des Stadions. Auch die Jugendarbeit wird mit großen Summen gefördert. Dagegen hat niemand etwas. Diesem Verein zusätzlich noch 55.000 Euro für eine Flutlichtanlage und eine zusätzliche Tribüne zu schenken, wo gleichzeitig gegen verantwortliche Funktionäre ermittelt wurde, versteht niemand!



Abschlußpräsentation im Museumscenter: Wie am Foto ersichtlich findet das Projekt „Hauptplatz Neu“ ein „Bombeninteresse“ bei der Bevölkerung.

## 52.000 Euro für einen Beteiligungsprozeß der niemanden interessiert

Der Hauptplatzumbau verschlingt Millionen. Allein der Beteiligungsprozeß für die Einbindung der Bevölkerung kostete 52.000 Euro. Bei der Schlußveranstaltung herrschte gährende Leere. Die KPÖ stimmte im Stadtrat dagegen.

## Zehntausende Euro für Werbemaßnahmen

Für teils fragwürdige Werbemaßnahmen schüttet der Stadtrat gegen die Stimme der KPÖ laufend Gelder aus. Da gibt es Geld für Organisationsentwicklung, für die „Legends of Leoben“ Kampagne oder für Employer Branding Maßnahmen. Für eine angesichts der Inflation längst fällige Ausweitung der Taxigutscheine fehlt dann das Geld.

## Die Realität auf den Kopf gestellt

Die Wirklichkeit von einem Kopfstand aus zu betrachten ist nicht jedermanns Spezialität: Walter Reiter beherrscht diese seltene Kunst. In seiner Wahlbroschüre fordert er die Sanierung der Gemeindewohnungen und eine Senkung der Mietpreise.

eines Großteils der für die Sanierung vorgesehenen Mittel festgeschrieben hatte, hat er allerdings im Gemeinderat ebenso zugestimmt, wie einer deutlichen Verteuerung der Mietpreise bei den sanierten Wohnungen.

Ein Meister des Kopfstandes eben...

Dem Nachtragsvorschlag, der die Streichung

- Die Stadtgemeinde hat derzeit 365 leerstehende Gemeindewohnungen. Wir fordern, dass diese saniert und zu leistbaren Preisen angeboten werden. Die Rathausmehrheit weigert sich bislang, diese leerstehenden Wohnungen zu sanieren – die Kosten für diese Leerstände belaufen sich auf mehrere hunderttausend Euro jährlich!
- Wohnen in Leoben muss leistbar bleiben – wir fordern die Senkung der Mietpreise!

## Kinderland Leoben: Gute Stimmung beim Kinderfasching



Der diesjährige Kinderfasching von Kinderland kann mit Fug und Recht als großer Erfolg bezeichnet werden. Im Kleinen Kammersaal in Donawitz feierten über 300 Kinder und Eltern den Fasching. Unter den Gästen waren auch FPÖ-Klubobmann im Landtag, Marco Triller, und der Leobener KPÖ-Stadtrat Werner Murgg.



**UMFRAGE**

# Fernwärme: Wie es ist, darf es nicht bleiben!

Die Leobener Haushalte stöhnen seit langem unter den extrem gestiegenen Fernwärmepreisen. Teils exorbitant hohe Nachzahlungen bzw. monatliche Vorschreibungen lassen viele Haushalte verzweifeln. Das hängt auch mit den Lieferverträgen der voestalpine zusammen.

nach Inbetriebnahme des neuen Elektrolichtbogenofens kaum mit einer deutlichen Senkung der Fernwärmepreise zu rechnen sein. Die Weichen für den Weiterbezug nach 2027 wurden faktisch gestellt. Den Liefervertrag nachzuverhandeln, wie von der KPÖ gefordert, wurde im Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt.

Geht es nach der Bürgermeisterpartei, dürfte auch

## Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

### Fernwärmepreise

JA      NEIN

Man sollte über Alternativkonzepte des Fernwärmebezugs nachdenken.

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:.....

Adresse:.....

Bitte ausschneiden und einsenden an:

**RUND UM DEN SCHWAMMERLTURM**  
Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

PROLEB – PROLEB – PROLEB – PROLEB – PROLEB – PRO

**Kommentar**

## KPÖ kandidiert in Proleb



*Wer als Politiker konsequent die Interessen der Arbeiter, der Angestellten und der Pensionistinnen und Pensionisten vertreten will, kann das nur, wenn er sich mit seinem Politiker-einkommen nicht von den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern entfernt. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Die KPÖ ist die einzige Partei, die sich von diesem Grundsatz seit vielen Jahren leiten läßt. Das hat mich überzeugt, für die KPÖ bei der Gemeinderatswahl in Proleb anzutreten, denn es belegt, daß bei der KPÖ die Probleme der Bürgerinnen und Bürger und nicht die eigene Karriere im Fokus steht. In der Vergangenheit hat sich unsere Gemeinde leider nicht immer besonders ausgezeichnet. Beispielsweise wurden Fördergelder*

*zeit bei der Ganztagesbetreuung. Dadurch waren die Tarife für die Eltern höher als notwendig. Ein Vertrag zur Betreuung unserer Pensionistinnen und Pensionisten im Seniorentageszentrum in Donawitz mußte rückabgewickelt werden. Offenbar fehlt im Proleber Gemeinderat seit Jahrzehnten eine wirkliche Kontrollkraft. Im Bezirk Leoben ist die KPÖ in vielen Gemeinden stark vertreten. Dort sieht man, wie diese uneigennützig Politik aussieht. Die KPÖ setzt sich für ein leistbares Leben ein, dafür, daß die Gebühren nicht automatisch erhöht werden und daß mit dem Steuergeld der Gemeinde sparsam umgegangen wird. Das möchte ich für Sie in Proleb ebenso handhaben. Darum bitte ich Sie um Ihre Stimme.*

**Johannes Woschizka**

KPÖ-Kandidat bei der Gemeinderatswahl in Proleb

**Für leistbares Wohnen!  
Für niedrigere Gebühren!  
Für Dich im Gemeinderat!**



**KPÖ**